

## **Borderland – Die Grenzen der Europäischen Idee**

Ich bin Pina und bei Blindspots für die Projektentwicklung zuständig. Im Rahmen dieser Arbeit beobachte ich sich stetig verändernde Bedingungen auf den Fluchtrouten. Mich sorgen starke politische Tendenzen, die Vereine und Aktivist\*innen kriminalisieren. Demokratie setzt eine funktionierende Zivilgesellschaft voraus. Diese ist jedoch zunehmend emotionaler Vereinnahmung durch populistischen Wahlkampf und medialer Angstmache ausgesetzt. Eine Leitlinie der EU-Politik auf Fluchtrouten ist das Auseinandertreiben von Schutzsuchenden und Unterstützer\*innen.

So werden Menschen – nach brutalen Übergriffen durch die Grenzpolizei – nicht nahe ihres Ausgangspunktes, sondern oft hunderte Kilometer abseits dieser Basis ausgesetzt. Das minimiert ihre Chancen auf humanitäre Unterstützung und die Dokumentation solcher Menschenrechtsverletzungen. Wir arbeiten stetig an der Entwicklung eines Support-Systems, das Asylsuchende entlang der Grenzen unterstützt. Wir beobachten aber, dass Menschen nun in Detention-Centers (zu Deutsch: Auffanglager/Haftlager – Anm. d. R.) an der Grenze inhaftiert und ohne sorgfältige Prüfung des Asylantrages abgeschoben werden. Gesetze zur Kriminalisierung solidarischer Strukturen, tragen ebenfalls zur Störung der Vereinsarbeit auf Fluchtrouten bei.

So wurde in Deutschland jüngst das Rückführungs-Verbesserungsgesetz verabschiedet, welches Organisationen auf Fluchtrouten mit Haftstrafen bis zu zehn Jahren bedroht. Neben dem Fluss horrender Geldbeträge ist eines der mächtigsten Druckmittel der EU, die Einflussnahme auf die Beitrittsverhandlungen von Balkanländern. So konnten wir 2020 im Peak der Grenzgewalt an der kroatisch-bosnischen Grenze klar erkennen, dass die Gewaltexzesse gegen Asylsuchende massiv durch die entsprechende Einflussnahme auf Schengen-Beitrittsverhandlungen motiviert wurde.

Momentan verzeichnet Bulgarien einen massiven Anstieg von Gewalt- und Todesfällen an der Grenze zur Türkei. Entsprechende Beitrittsverhandlungen mit der EU 2023 machten Bulgarien erpressbar. Es bleibt zu beobachten, ob der Beitritt diesen Jahres einen Rückgang der Gewalt bedeutet.

Ein Ende der EU-Gewalt dagegen ist nicht in Sicht. Die EU verrennt sich in der Vorstellung, sie könne einen ganzen Kontinent mit gewaltvollen Strategien abriegeln, während Waren frei aus aller Welt Reichtum generieren. Letztlich führt diese politische Hybris nicht nur zu der Stärkung mafiöser Gruppen durch Steuergelder auf illegalisierten Routen, sondern auch zur Zersetzung gemeinsamer ethischer Werte als Fundament für die Staatengemeinschaft. Diese wirft – sobald die Ressourcen knapp werden – scheinbar als Erstes Menschenrechte über Bord, um den eigenen Reichtum zu sichern. Eine solche Logik folgt rassistischen und patriarchalen Denkmustern, die einer fortschrittlichen Gesellschaft entgegenstehen und uns zurück in die Vergangenheit führen. Die EU baut im Namen der nationalen Sicherheit Grundrechte ab. Es braucht Bürger\*innen, die dem mit Empörung entgegenstehen und Vereine als Bestandteile einer wehrhaften Demokratie finanzieren!

**Gastkommentar von Pina**

*Sie ist als Mitbegründerin seit 4 Jahren bei Blindspots für die Projektentwicklung zuständig ist. Wenn du mehr über Blindspots erfahren willst und ihre Arbeit unterstützen, findet ihr weiterführende Informationen auf [www.blindspots.support](http://www.blindspots.support)*